



Wochentäglicher Abonnementssatz in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfteligen Seite in Beithälfte 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 485. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 17. October 1862.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 16. Oct. Der „Moniteur“ enthält ein Decret, durch welches Drouyn de Lhuys zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt ist, und Thouvenel ersetzt, dessen Entlassung angenommen ist. [Angekommen 11 Uhr 30 Min. Vorm.] (Wiederhol.)

London, 16. Oct. Die heutige „Morningpost“ bringt eine Depesche aus Paris folgenden Inhalts: Ministerkabinett. Gould, Persigny, Thouvenel, Nouber, Barroche haben ihre Entlassung gegeben; die Nachfolger sind reactionär und gegen Italien. (Wolf's L. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Meldungen.

Berliner Börse vom 16. Oktober, Nachm. 2 Uhr. [Angekommen 4 Uhr 30 Min.] Staats-Schuldenreine 91%. Brüder-Anteile 127 $\frac{1}{2}$ %. Neuzeit Anleihe 108%. Schlesischer Bank-Berein 98%. Oberösterreichische Litt. A. 174. Überschle. Litt. B. 154 $\frac{1}{2}$. Freiburger 138 $\frac{1}{2}$. Wilhelmshafen 58%. Neisse-Brieger 84%. Tarnowitzer 50%. Wien 2 Monate 80 $\frac{1}{2}$. Österr. Credit-Aktion 90%. Österr. National-Anleihe 67%. Österreich. Lotterie-Anleihe 72%. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktion 130%. Österreich. Banknoten 81 $\frac{1}{2}$. Darmstädter 92%. Commandit-Antheile 100%. Köln-Minden 185 $\frac{1}{2}$. Fried-Wilhelm-Nordbahn 64%. Posen-Provinzial-Bank 98%. Mainz-Ludwigshafen 126 $\frac{1}{2}$. Lombarden 150. Neue Russen 92 $\frac{1}{2}$ %. Hamburg 2 Monat 150%. London 3 Monat 6, 21%. Paris 2 Monat 79%. — Aktien matt, Bonds fest.

Berlin, 16. October. Roggen: höher. Oct. 51 $\frac{1}{2}$, Oct.-Nov. 48 $\frac{1}{2}$, Nov.-Dez. 47 $\frac{1}{2}$, Frühjahr 45 $\frac{1}{2}$. — Spiritus: fester. Oct. 15 $\frac{1}{2}$, Oct.-Nov. 15 $\frac{1}{2}$, Nov.-Dez. 15 $\frac{1}{2}$, Frühjahr 16. — Rüddöl: fest. Octbr. 14 $\frac{1}{2}$, Frühjahr 14.

* Innere und äußere Stimmen über unsere Situation.

Wir beginnen mit den Auslassungen der gemäßigten „Königlichen Zeitung“, des unfehlbar bedeutendsten Organs der gesammten preußischen Presse, und in welchem besonders die einhellige Stimmung unserer westlichen Provinzen ihren getreuen Ausdruck findet. „Der Zustand Preußens ist beflogensworthy“, sagt diese Zeitung unter Köln, 14. Oktober. „Das hat der neue Minister-Präsident Herr v. Bismarck-Schönhausen in der Rede, mit welcher er im Namen Sr. Majestät des Königs gestern die zweite diesjährige Session des Kantons schloß, selbst eingestanden. Ohne daß die Verfassung des preußischen Staates vom 31. Januar 1850 aufgehoben wäre, werden ihre wichtigsten Bestimmungen nicht mehr ausgeführt. Davon, daß das Oberhaus das ganze vom Unterhause festgestellte Budget verwerfen könnte, von dieser Möglichkeit hat man in England keine Vorstellung. Aber daß die Regierung selbst erklären könnte: dieses Budget genügt mir nicht, ich verwerfe es! darüber lacht man nicht blos in England, sondern in der ganzen Welt aus vollem Halse. Es kann auch nichts Lächerlicheres erfunden werden. Denn wozu dann die ganze Verathnung? Die Regierung könnte ja nur einfach bei Vorlage des Budgets erklären, nicht blos, daß nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung gar nicht sparamer regiert werden könnte — das thut natürlich jede Regierung bei Vorlage jedes Budgets —, sondern daß sie auch ein anderes Budget nicht genehmigen werde. Wozu bei so bewandten Umständen noch die überflüssige Farce, Volksvertreter zu wählen, sie nach der Hauptstadt zu schicken und sie, wer weiß wie lange, für nichts und wieder nichts über einen Staatshaushalt berathen lassen, den die Regierung bereits festgestellt hat? Wenn die Regierung mehr fordert, so kann sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel aufwenden, um ihre Forderungen durchzusetzen; aber es versteht sich von selbst, daß sie zuletzt mit dem zufrieden ist, was sie erreichen kann. Wenn sie mehr fordert, so schließt diese Forderung das Mindere von selbst ein, und die Zustimmung ist selbsterklärend. Diese Zustimmung ist aber auch streng nothwendig; denn das Budget muß nach der Verfassung alle Jahre zu Stande kommen, und die Regierung braucht es, um zu regieren. Und es ist ein alter unanfechtbarer Rechtsgrundzatz, daß, wo Mehrere einen gemeinschaftlichen Beschuß zu fassen haben, das Recht der Verweigerung vorgebt.“

Nach eingehender Beleuchtung der Gesetzwidrigkeit des letzten Herrenhausbeschlusses fährt das Blatt fort: „Wir sind nicht im Stande, dem neuen Minister-Präsidenten, an den sich das Land noch gar nicht gewöhnen kann, unsere Ansichten über sein Verfahren gerade herauszusagen. Dazu reichen die Grenzen unserer Presselfreiheit bei weitem nicht aus. Nur eines möchten wir bemerken. Er täusche sich nicht über den Ernst, die Einmuthigkeit, die Ausdauer, mit welcher das preußische Volk seine verfassungsmäßigen Rechte zu wahren entschlossen ist. Das preußische Volk hat in seinem öffentlichen Leben seit 1847 Fortschritte gemacht. Damals auf dem Vereinigten Landtage konnte der Minister v. Bodelschwingh es noch als einen Witz betrachten, als er, da ein Redner Minister-Verantwortlichkeit verlangte, mit seiner Hand eine Bewegung nach seinem Halse mache, als wollte er sagen: Kopf ab! Wir haben jetzt nach Artikel 61 der Verfassung verantwortliche Minister, und das Erste, was die Landesvertretung bei ihrem Wiedergesammlung nicht erbitten, sondern als Landesrecht fordern wird, ist die endliche, so unverzeihlich hinausgeschobene Ausführung des Artikels 61 der Verfassung. Noch auf dem verflossenen Landtage betrachteten die Minister es als einen guten Witz, einmal über das andere zu bemerken, verausgabte Millionen könnten aus ihnen doch nicht mehr herausgezogen werden. Das preußische Volk ist einer solchen Sprache müde. Das preußische Volk ist entschlossen, bitteren Ernst zu machen, nicht blos mit einem Minister-Verantwortlichkeitsgesetz, sondern auch mit dessen Ausführung.“

Der zweite praktische Punkt ist das Herrenhaus. Ein solches Begegnen fehlt blos noch, um die bekannten Gefühle des preußischen Volkes für eine Erste Kammer, wie sie in ihrer antiquarischen Zusammensetzung in der Welt ihres Gleichen nicht hat, auf den höchsten Punkt zu steigern. Eine Versammlung, die großertheils aus Personen besteht, die durch Privilegien von allen persönlichen Steuern und dem Militärdienste ausgenommen sind, worin die Mehrzahl durch den kleinen Adel gebildet wird, der die meisten neu geschaffenen Offiziere stellen, z. B. die sämtlicher vierzig neuen Regiments-Commandeure, zu befürchten gewohnt ist, eine solche Versammlung magt sich verfassungswidrig an, zu bestimmen, wie viel das preußische Volk für jeden einzelnen Posten des Budgets, namentlich für das Militär, an Steuern und Lasten aufzubringen soll. Das preußische Volk hat nicht vergessen, mit welchem äußersten Widerstreben das Land und die Landesvertretung die Bestimmungen über das Herrenhaus sich haben gefallen lassen, und wie diese Bestimmungen hinterher in mehr als einem Punkte bei der Ausführung verlegt wurden. Das Weitere wird sich finden.

Wir stehen am Anfang eines Streites, über dessen Ende kein Zwe-

sel sein kann. Unvermäßige Ausgaben gegen den Willen des Volkes zu machen, das ist für eine Regierung der sicherste Weg, die Macht des Parlaments erstarcken zu lassen. Das ganze preußische Volk — wie wir wohl sagen können, denn die bekannten Ausnahmen bilden einen sehr geringen Bruchteil — steht zu seinen Vertretern. Es gibt keine armstellige Comödie, als die Deputationen, welche von Gutsbesitzern und orthodoxen, für den leidenden Gehorsam schwärmenden Geistlichen zusammengetrommelt werden, um das wahre Volk darzustellen. Die Aufnahme, welche unsre Abgeordneten nach einer Session, die ihnen die Theilnahme und Hochachtung nicht blos Preußens und Deutschlands, sondern der ganzen gebildeten Welt verschafft hat, in ihrer Heimat finden werden, wird ein sprechendes Zeugniß ablegen für die Geistlichkeit des Volkes. Das ganze Volk steht zu seinen gesetzlichen Vertretern. Dem Auftreten des Ministeriums Bismarck-Schönhausen gegenüber gibt es im Lande keine Partei mehr. Jene Persönlichkeiten und oft um Kleinigkeiten mit Erbitterung geführten Partei-Streitigkeiten, ein böses Erbstück aus den inneren Zerrüttungen von 1848 und 1849, werden hoffentlich durch den bevorstehenden großen gemeinschaftlichen Kampf für die verfassungsmäßigen Rechte des Landes endlich in Vergessenheit gebracht werden.“

In ähnlicher Weise, wie wir es in unserem gestrigen Leitartikel gehabt haben, legt auch die „National-Zeitung“ ein entsprechendes Gewicht auf die starke Herrenhausminderheit, welche gegen den Armin'schen Antrag gestimmt hat. „Welchen Sinn hatte dieses Minoritätsvotum?“ sagt sie am Schlusse des betreffenden Artikels. „44 Mitglieder stimmten offen gegen die Annahme des Budgetentwurfs der Regierung, 8 enthielten sich der Abstimmung und 2, welche Minister sind, hatten sich absichtlich entfernt. Das sind zusammen 54 Mitglieder, welche alle von der Verfassungswidrigkeit des Beschlusses überzeugt waren, und darunter der Justizminister und einer seiner Kollegen, ein bis dahin so erprobter Reaktionär wie Herr Brüggemann hat dies als Berichterstatter der Kommission ausdrücklich auseinandergesetzt. Offenbar ist also die reaktionäre Gesinnung der Kommission, Dank dem neuerdings eingetretenen Ministerwechsel, am Tage der Plenarberatung noch überholt worden. Gegen den zweiten Theil des Armin'schen Antrags stimmten alle Mitglieder von der politischen Richtung des Fürsten Hohenlohe, des ehemaligen Vorsitzenden des Ministeriums und des Herrenhauses. Mit ihnen hätte auch der Graf Ipenpliz, den man zu ihren Führern zu zählen pflegte, stimmen müssen; der entfernte sich aber zugleich mit seinem Kollegen, dem Justizminister, der sich denn doch zu scheuen schien, als Jurist für einen so handgreiflich verfassungswidrigen Antrag zu stimmen. Daß das Ministerium den Antrag begünstigte, das bewies ja Graf Ipenpliz, der mit seinen alten politischen Freunden gegen denselben hätte stimmen müssen, und es nicht that. Ferner müssen die Minister doch wohl für ihr eigenes Budget einstehen wollen? Wenn zwei Minister dies aber nicht hätten, sondern die Abstimmung, die ihrem Budget zu Gute kommen sollte, mieden, so kann es doch nur gewesen sein, weil sie die Abstimmung selber, obgleich das Ministerium sie begünstigte, für verfassungswidrig hielten. An diesen Punkt wollen wir in einem folgenden Artikel anknüpfen. Die Regierung — das lasse die „Sternzeitung“ sich gesagt sein — hatte nur die äußerste Fraktion der Feudalen auf ihrer Seite, nicht einmal den Fürsten Hohenlohe und den Grafen Ipenpliz. Jener ist zwar sehr reaktionär, aber noch nicht genug, um heute ministeriell zu sein. Dieser war ebenfalls in aller Zeit reaktionär, er hat es aber noch mehr werden müssen, um heute Minister bleiben zu können.“

Diese unvermutete Opposition selbst innerhalb des Herrenhauses scheint in der That nach vielen Seiten tiefen Eindruck gemacht zu haben. Unter der Kreuzzzeitungspartei — dies plaudert das Blatt heut durch seinen Leitartikel selbst aus der Schule — mehrt sich die Zahl der Schwankenden, die Zahl derer, welche zaudern, in eine Bahn einzutreten, die binnen Kurzem zu einer Politik führen müßte, bei der (nach Girardins klassischem Ausdrucke), „die eine Hälfte des Volkes eingesperrt werden müßte, um durch die andere bewacht zu werden.“ Nun sie die Gewalt in der Hand haben, sangen sie erst das ganze Gewicht der damit verbundenen Verantwortlichkeit zu empfinden an. Aus jenem bemerkenswerten Artikel erfahren wir nämlich, daß es auch unter den Feudalen Leute gibt, welche in der gegenwärtigen Situation „einen beklagenswerten, auf die Länge nicht zu ertragenden Zustand, eine große Calamität“ erblicken. Die Partei Kleist-Reizow, welche zur entschlossenen Niederwerfung der „Demokratie“ auffordert, — durch die Bezeichnung: Demokratie, sucht sie sich und andere über die Bedeutung dieses großen eimüthigen Widerstandes des gesamten preußischen Volkes zu täuschen, — sie ist wütend über jene Halben und Mattzehigen. „Mit weinerlichen Redensarten, meint sie, sind weder 1813 die Franzosen, noch können heut die durch drei Jahre der Aera dreist gemachten Demokraten überwunden werden.“ Durch solche Weinenlichkeit der Führer könnten blos die „Streiter mit Gott für König und Vaterland“ irre gemacht und entmuthigt werden.“

Fügen wir endlich diesen verschiedenen inneren Stimmen noch die Worte bei, mit welchem eine große österreichische Zeitung, die wiener „Presse“ eine längere Betrachtung unserer großen Verfassungskrise beschließt: „Es ist eine große und ernste Lehre, die sich für alle nach Verwirklichung des Rechtsstaates ringenden Völker aus diesen preußischen Vorgängen ergibt. So tapfer und ehrenhaft das preußische Abgeordnetenhaus diese traurige Krisis bis jetzt bestanden hat, und so sehr sich sein schönes Beispiel allen Parlamenten in ähnlichen Fällen zur Nachahmung empfiehlt, eine Thatsache ist es vor Alem, die durch diese Vorgänge, in welchen die Person des Monarchen eine so hervorragende Rolle spielt, neuerdings konstatiert wird: die Hinfälligkeit konstitutioneller Einrichtungen in den Staaten unseres Continents. Nicht die Reise des Volkes, nicht das Pflichtbewußtsein seiner Vertreter, weder das geschriebene, noch das beschworene Recht genügen, den Verfassungsstaat vor verderblichen, das öffentliche Leben auf das tiefste erschütternden Krisen sicherzustellen, so lange in gewissen Kreisen nicht das volle Verständnis für die Consequenzen einer wirklich constitutionellen Ordnung vorhanden ist. Wie wichtig und nothwendig für die Entwicklung und Festigung verfassungsmäßiger Zustände gerade diese Voraussetzung ist, zeigt uns das Beispiel Baierns und Belgien, wo die Verfassung von der Krone ohne Hintergedanken acceptirt wurde, und wo der König es bei jeder Gelegenheit ausspricht, daß der Frieden mit seinem Volke ihm höher steht, als alle ererbten Vorrechte und Prerogative der souveränen Gewalt. Das Glück Baierns und Belgien ist Preußen nicht zu Theil geworden; ihm scheint es vorbehalten zu sein, den Verfassungsstaat erst nach schweren und langwierigen Kämpfen

zu verwirklichen, und den Kelch der Enttäuschungen bis auf den letzten Tropfen leer zu müssen.“

Preußen.

** Berlin, 15. Oct. [Maßregeln gegen Presse und Vereine. — Die Polizeisteuer. — Das landwirthschaftliche Ministerium.] Mit einer Einstimmigkeit, wie sie in politischen Dingen nur höchst selten vorkommt, verurtheilt die gesamte deutsche und auswärtige Presse den heulichen Beschuß des Herrenhauses. Da selbst die Thronrede kein Wort des Lobes für denselben gefunden hat, im Gegenteil eine ganz andere Lösung des Conflicts in Aussicht stellt, so cursirt, wie die „Berl. A. Z.“ schreibt, unter andern wunderlichen Gerüchten in unserer Stadt auch das: der Herr Minister-Präsident habe nur darum nichts gegen einen so unerhörten Beschuß des Hauses gethan, um — die Nothwendigkeit einer Reform desselben nach allen Seiten hin auf's Augenhaupt darzuthun, und die Versicherung, in der Zwischenzeit bis zum Zusammentreten des Landtags die Rechte des Hauses zu wahren, bezüglich sich eben nur auf diese Zeit. Erheblich glaubwürdiger kommen uns die Gerüchte von drakonischen Maßregeln gegen Beamte, Presse und Vereine vor, zu denen schon ein guter Anfang gemacht ist. „In euren Händen, ihr Richter! sagt die „N. A. Z.“, liegt es jetzt, die Rechtsicherheit der Bürger zu wahren.“ — Nach den der „B. A. Z.“ heute zugehenden Andeutungen liegt noch Hoffnung vor, daß so viel besprochene Finanz-Project des Hrn. v. d. Heydt, welches in der Form einer Polizeisteuer eine beträchtliche Abgabe vom gesammten Versicherungsgeschäft zu erheben versuchte, vor seiner Ausführung befeitigt zu sehen. Der gegenwärtige Finanzminister v. Bodelschwingh soll die Basis des ganzen Planes für irrational halten und in dieser seiner Ansicht durch ein ihm übergebene umfangreiche Promemoria in dem Maße bestärkt worden sein, daß die Vorarbeiten für die ganze Gesetzes-Vorlage bis auf Weiteres bereit reposiert sind. Im Ministerium des Innern, von dem das Versicherungswesen doch eigentlich ressortiert, fand das Project von Anfang an entschiedenen Widerpruch. — Von einer Umgestaltung der Resettverhältnisse des Handels-, Finanz- und landwirthschaftlichen Ministeriums ist wiederum die Rede. Bekanntlich hieß es schon zur Zeit, als v. d. Heydt das Finanzministerium übernahm, daß beabsichtigt werde, das Eisenbahnwesen vom Handelsministerium abzuzweigen und dem der Finanzen zuzuweisen. Anderweitig vermutete man, daß die Domainen- und Forst-Verwaltung an das landwirthschaftliche Ministerium übergehen möchte, und neuerdings soll in Betracht gezogen werden, ob nicht das landwirthschaftliche Ministerium sich vollständig mit dem Handelsministerium verschmelzen lasse, derart, daß nur die Verwaltung in zwei gesonderte Resettis getheilt werde.

Berlin, 15. Oct. [Über die Vorgänge vor der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses wird der „D. A. Z.“ noch geschrieben: Die Regierung scheint es sehr unangenehm berührt zu haben, daß der Präsident Grabow dem Abgeordnetenhaus gestern die Fassung einer Resolution möglich gemacht hat. Während bisher der Geschäftsverkehr zwischen beiden Häusern ein außerordentlich beschleunigter gewesen war und die Beschlüsse stets binnen wenigen Stunden gegen seitig mitgetheilt wurden, zögerte der Präsident des Herrenhauses diesmal volle 24 Stunden; und was das Ministerium betrifft, so unterließ es die gebräuchliche vertrauliche Anzeige von dem Schlusse der Session ganz und forderte nur mit der Bemerkung, daß Mitteilungen zu machen seien, zur Berufung einer Sitzung auf. Ohne Zweifel war es bereits bekannt geworden, daß Resolutionen vorbereitet würden und unter dem Vorsitz des Grafen Schwerin eine Versammlung aller Fractionen am Sonntag Nachmittag stattgefunden habe; je größer nach diesen Vorgängen sich die Mehrheit für die Nichtigkeitsserklärung des Herrenhausbeschlusses herausstellen müßte, desto mehr mußte freilich der Gegenpartei daran gelegen sein, die gemeinsame Erklärung nicht zu Stande kommen zu lassen, und sie klammerte sich deshalb sogar an die Geschäftsordnung an, trotzdem sie ihr gar keinen Halt gab. Glücklicher Weise konnte die Session am Sonntag nicht geschlossen werden, sonst wäre das Spiel unzweifelhaft vollständig gelungen. In der Schlussrede des Landtags sind sowohl der Annahmebeschuß des Herrenhauses als die Resolution des Abgeordnetenhauses ganz unerwähnt geblieben und zwar aus Vorsicht. Das Ministerium Bismarck kann noch nicht übersehen, wie nach drei Monaten die Situation sein wird, und es vermeidet deshalb in der letzten Stunde alle Schritte in Bezug auf das Haus der Abgeordneten, welche, wenn die Auflösung nicht möglich erscheint, künftig in Steine des Unstosses abgeben können. Seit Herrn v. Bismarck hat ohne Zweifel ein gewisser diplomatischer Geist im Ministerium plazgegriffen; nach der ersten, gewiß nicht vorbedachten, Rede des neuen Ministerpräsidenten wurde Zurückhaltung und Schweigen die Parole, und selbst Herr v. Roon, von den kleinen Ministern ganz abgesehen, vermied jeden bestimmten oder scharfen Ausspruch. Ob in dieser Weise jetzt, nach Schlusse der Session, fortgegangen werden wird, ist freilich zweifelhaft: für möglich halte ich es indeß noch immer, trotzdem die Nachrichten über beabsichtigte strenge und durchgreifende Maßnahmen sich mehr und mehr häufen.

Berlin, 15. Oct. [Abschiedsmahl der liberalen Fractionen.] Mehr als 200 Abgeordnete aus fast allen liberalen Fractionen hatten sich am Montag zu einem Abschiedsmahl im „englischen Hause“ vereinigt. Unter den Anwesenden befanden sich außerdem Johann Jacoby aus Königsberg, Dr. Löwe (Calbe), Unruh, Dr. Zabel, Dr. Lindner, Dr. Oppenheim u. A. War auch Manchem die Wehmuth anzumerten, mit welcher unwillkürlich der Augenblick der nahe bevorstehenden Trennung von alten liebgewordenen Freunden erfüllt, so herrschte doch in der Versammlung eine fröhliche gehobene Stimmung, wie sie das Bewußtsein eines müßig, aber in treuer Pflichterfüllung vollbrachten Tagewerks hervorruft. Präsident Grabow gab dieser Stimmung einen würdigen Ausdruck, indem er nochmals einen kurzen Rückblick auf die eben zu Ende gegangene Session warf und der vielen gescheiterten Hoffnungen gedachte, aber auch der frohen Zuversicht auf die Zukunft. „Schen wir auf unsere Verfassung — sie ist nicht ausgebaut; auf unser Vaterland — der Rechtsstaat ist in ihm nicht ausgerichtet; auf Deutschland — es ist von seiner Einheit weit entfernt. Aber lassen wir darum den Mut nicht sinken; ehlich, tapfer und treu wollen wir, wenn wir in drei Monaten neu gekräfftigt wieder zurückkehren, unser Werk da wieder aufzunehmen, wo wir es heute in so glänzender Weise abgeschlossen.“ Meine Herren! Die vereinigten liberalen Fractionen der 1. Session der 7. Legislaturperiode leben hoch!“ Die Versammlung stimmte stürmisch in den Ruf ein. Grabow saß in der Mitte zwischen Waldeck und Bodum-Dolffs. Letzterer erwiederte den Toast mit einem Hohp auf den allverehrten Präsidenten selbst. Er möge demselben wider sprechen. Unter seiner Führung habe das Abgeordnetenhaus mehr moralische Siege als je vorher erzielt. Siege, die weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichten. Er habe das Panier der Borussia: „Wahrheit und Recht“ in Ehren gehalten. — Begeisternde Worte widmete sodann Wal-

